

Sharing, Caring, Listening

Von einer Kulturpolitik der Gebäude hin zu einer Kulturpolitik mit Menschen

geschrieben von Gitte Zschoch

Sollte ich die Kulturpolitik der letzten Jahre, der Ära Merkel, salopp in einer Phrase zusammenfassen, so kommt mir die »Politik der Gebäude« in den Sinn. Wir brauchen mehr Kultur, also bauen wir uns ein Gebäude. Das Humboldt Forum ist ein Beispiel. Wohlstand in Deutschland ist ungleich verteilt. Dort, wo er ist, schafft er sich zuweilen Tempel der Hochkultur.

Gebäude haben es so einfach: Sie können besucht werden. Und sie eignen sich, um gute Intentionen zu versinnbildlichen. Denn wenn sie vor unseren Augen verbrennen, wie kürzlich Notre Dame, dann gehen die Geldbörsen der Spender unfassbar schnell auf. Leider ist das nicht der Fall, wenn in Rio de Janeiro ein Museum vom Feuer vernichtet wird.

Gebäude sind auch zentral, wenn wir an auswärtige Kulturpolitik denken. Im Idealfall dienen sie als ein Ort, an dem eine Tür zu einer anderen Welt aufgeht, wie Thomas Oberender gelegentlich über das Institut français in der DDR spricht. In anderen Fällen geht es weiterhin um Prestige. Nämlich wenn Stararchitekten wie David Chipperfield in New York große Infrastrukturprojekte umsetzen.

Globale Probleme, gemeinsame globale Lösungen

Ist für die Zukunft der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) nicht schon alles gesagt? AKBP soll gestärkt werden. Da sind sich Akteurinnen, Förderer und Akademikerinnen einig. Auch der Außenminister stimmt mit ein. Wenn man sich die Reden von Heiko Maas anhört, kann man nicht anders als d'accord sein, wenn er die großen Themen benennt, die angegangen werden müssen: Nachhaltigkeit, Klimawandel, Kolonialismus, Digitalisierung, europäische Zusammenarbeit, Schutz für Kulturschaffende.

Reicht es, ein Politikfeld wie die internationalen Kulturbeziehungen über Themen zu definieren? Oder sollte die Politik nicht den Rahmen setzen, dass Menschen optimal ins gemeinsame Kreieren und Handeln, Lernen und Engagieren versetzt werden können?

Wir bewegen uns gerade in einer Krise, es geht nicht mehr so weiter wie bisher. Wir können die Probleme nicht mehr allein lösen, sondern nur noch gemeinsam und global. Die Agenda 2030 gibt dabei den Rahmen vor; die Nachhaltigkeitsziele gelten für alle Länder der Welt. Es bleibt die Frage, ob unsere Strukturen und Prozesse dem bereits gewachsen sind.

Neue Personen in gestalterischen Positionen

Unsere Einstellungsprozesse sind es jedenfalls nicht. Es reicht heute nicht mehr, nur mit Erfahrung die Welt zu gestalten. Es braucht Menschen mit den verschiedensten Lebenswegen, es braucht eine Diversität der Perspektiven, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Gremien und Findungskommissionen sollten dezidiert anderes Personal befähigen, Institutionen zu leiten. Denn dadurch beginnt Veränderung.

Unsere Personalentscheidungen haben zudem eine direkte Auswirkung auf unsere Glaubwürdigkeit in der Welt. Im Europäischen Parlament hat es die Parlamentarierin Hannah Neumann kürzlich treffend beschrieben, wie unglaublich es ist, wenn nur Männer die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Verhandlungen mit dem Irak oder den Taliban repräsentieren, gleichzeitig aber mehr Genderparität in den Regierungen dieser Länder fordern.

Entscheidungen müssen dabei so transparent wie möglich gemacht werden. Wir brauchen mehr offene Ausschreibungen und Prozesse für Spitzenposten. Als Beispiel kann dienen, wie der deutsche Beitrag zur Architekturbiennale Venedig vergeben wird.

Mit Menschen in anderen Ländern gemeinsam gestalten

Apropos gemeinsam und global: Unsere Politik hat direkte Auswirkungen auf Menschen in anderen Ländern. Es reicht nicht, von Deutschland aus zu definieren, wie unsere kulturellen Beziehungen zur Welt gestaltet werden sollen. Sondern wir müssen dazu mit den Menschen aus anderen Ländern

sprechen. Sie sollten teilhaben daran, wie wir unsere Politik gestalten. Es könnte dafür ein internationales Beratungsgremium geschaffen werden, und in unseren existierenden Beiräten sollten viel stärker internationale Perspektiven vorkommen.

Paradigmenwechsel: Wirksamkeit und Visa

Vielleicht kommen wir dann auch dahin, infrage zu stellen, was die meisten Ressourcen bündelt: das Primat der Sparsamkeit. Wir sollten es ersetzen mit dem Primat der Wirksamkeit. Jeder Euro, der in durch Ziele und Strategien gesteuerte Kulturarbeit geht und damit wirksam ist, ist ein sehr gut angelegter Euro. Fördermöglichkeiten dürfen dann auch so offen und einfach wie möglich gestaltet sein. Sobald man erst ein Seminar belegen muss, um Gelder korrekt zu beantragen, hat wieder die Bürokratie gewonnen.

Wir müssen auch über Visumspolitik sprechen. Wenn wir internationale Perspektiven in Deutschland wollen – und die brauchen wir dringend, unser Weltwissen ist so begrenzt –, dann muss es leichter sein, uns zu besuchen. Wir brauchen ein spezielles Visum für Künstlerinnen, Wissenschaftler und Expertinnen, das schnell ausgestellt wird. Die Mitarbeitenden deutscher Organisationen, die ihre Partner in den Gastländern sehr gut kennen, könnten zusätzlich Auskunft geben. Das wäre gelebtes Vertrauen.

Von außen und innen lernen

EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen ist eine der progressivsten, die es im Moment gibt. Sie definiert sich über Werte: »Sharing, Caring and Listening«, so hat es Carla Figueira von der Goldsmiths University of London kürzlich zusammengefasst. Diese Werte können wir auch in der inneren Kulturpolitik anwenden. Konzepte, die im Irak und Palästina funktionieren und sich stärkend auswirken auf Empathie und Resilienz bei Menschen, können auch für die deutsche Gesellschaft produktiv sein, die sich zunehmend spaltet.

In den letzten Jahren bereichern mehr und mehr Graswurzelbewegungen und Ideen die internationalen Kulturbeziehungen. Der Podcast »Bin ich süßsauer« von Sung Un Gang verbindet internationale, asiatische Perspektiven mit LGBTIQ-Themen, entsteht in Köln und ist damit ein Beispiel für Kulturaustausch von heute. Wie können Menschen wie Sung Un in ihrem Engagement gestärkt und vernetzt werden?

Um das Lernen von innen und von außen transversal zu verbinden, braucht es Austausch- und Entscheidungsformate über die Ebenen hinweg – in den Parlamenten und zwischen den Ministerien, zwischen Bund und Ländern, mit Europa, mit Kulturinstituten, zivilen Akteuren und Ministerien. Denn der Topos, dass innen außen ist und außen innen, begleitet uns schon lang. Dass beide Bereiche weiterhin getrennt gedacht werden, war selten so obsolet wie heute.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur [12/2021-01/2022](#).